

seiner Wahl — Frankfurt verlassen, um in das Bad nach Gastein zu gehen; ob er von daher wiederkehrt, scheint ungewiß. Er sagt's. Minister v. d. Pfordten hat in Berlin über den Anschluß Baierns an den deutschen Bund verhandelt, doch ist noch keine Aussicht des Gelingens vorhanden. Baiern will vielmehr unter Oesterreichs Schutz mit Württemberg einen süddeutschen Bund eingehen, zu dem man beide Hessen hinüberziehen hofft. Seit den Zeiten der Hohenstaufen war es Baiern, das die Sonderbünde begünstigte und sich in den entscheidenden Angelegenheiten von der gemeinsamen Sache des Vaterlandes los sagte, um seinen Schooß zu zerfleischen.

Das Lager in Donauwörth ist am 26. Juni abgebrochen worden; die Truppen zogen westwärts. In Nürnberg, welches der Regierung am abgeneigtesten ist, wurden am 27. Juni viele Verhaftungen vorgenommen; überhaupt greift die bairische Regierung ihre Widersacher allerwegen auf. Baiern will Mannheim so lange besetzt halten, bis der Schaden, welcher durch die Beschießung von daher in Ludwigshafen angerichtet wurde, vollständig ersetzt ist. — Die Landtagswahlen sollen am 24. Juni brendet sein, der Landtag am 15. August zusammentreten.

Württemberg. Mit der Ständeversammlung gehts zu Ende; sie sollte am 6. Juli aufgelöst werden, beschleunigte demgemäß ihre Arbeiten und nahm am 25. Juni das Gesetz über das Schwurgericht ohne Berathung an. — Nach dem Falle Badens mäsigt sich die Bewegung im Lande. Die Grenze gegen das Oberland, wo sich der Aufstand noch hält, ist stark besetzt. Die Führer der Bewegung sind theils verhaftet, theils entflohen. Der Reichstagsabg. Köstler v. Dels ist mit 2 Studenten verhaftet worden.

Baden. Der Aufstand in Baden geht seinem Ende entgegen; in dem waldigen Oberlande halten sich zwar noch verschiedene Truppen von Insurgenten, rauben und plündern und sollen entschlossen sein, es aufs Aeufserste ankommen zu lassen, indessen dürfte ihr Widerstand nicht von langer Dauer sein. Schaarenweise kommen die Flüchtlinge in der Schweiz und in Frankreich an, wo sie entwaffnet, in das Innere transportirt, oder nach Algier befördert werden, woselbst sie Gelegenheit haben, ihrer Courage Raum zu geben. Die Anführer sind mit den geraubten Cassen schmählicher Weise entflohen. Rastatt ist ganz eingeschlossen und wird durch Hunger zur Uebergabe gezwungen werden. Baden, dieser schönste Fleck deutscher Erde, ist fast gänzlich zu Grunde gerichtet. Die öffentlichen Cassen sind von der vorläufigen Regierung ausgeraubt, die mitgenommenen Staatsschuldscheine sind jedoch wiedererlangt und der Finanzminister der provisorischen Regierung, der einige Hunderttausend Gulden bei sich hatte, ist in Colmar verhaftet worden.

Hannover. In der Provinz Göttingen soll in den nächsten Tagen ein bedeutendes Truppencorps zusammengezogen werden. Man hält es für eine Vorsichtsmaßregel, gegen etwaige Aufstände in dem benachbarten Churhessen, da dort der Anschluß der Regierung an den Dreikönigs-Entwurf in Aussicht stehen soll.

Sachsen-Weimar. Wie man hört, wird im weimarischen Ministerium ein neues Decret vorbereitet, in welchem man den Ständen geradezu die Nothwendigkeit eines unbedingten Anschlusses an die Verfassungsvorlage der drei Regierungen vorhält. Da die thüringer Staaten nur eine gemeinsame

Politik in der deutschen Frage befolgen, so ist es kein Wunder, daß ein gleicher Schritt von allen geschieht.

Preußen. Der Reichstagsabgeordnete Temme, sobald in Münster angelangt war, wurde sofort verhaftet und in Zuchthaus abgeführt. Eben kein erfreulicher Wechsel. Scheinlich wird demselben der Proceß als Hochverräther des vom Restparlament zu Stuttgart gefaßten Beschlusses gegen den König von Preußen gemacht werden. Der Minister des Innern hat ein Circulair an sämtliche Regierpräsidenten erlassen, in welchem der Tag der Wahl der Abgeordneten auf den 27. Juli festgesetzt und den Behörden aufgetragen wird, „das Ergebnis der Wahl gegen ungesetzliche Einwirkung der Partei zu schützen, welche an die von ihr gewählte Mangelhaftigkeit der Wahl oder deren erstrebte Vereitelung ihre letzte Hoffnung zu knüpfen scheint.“ Darin heißt es ferner: „Die Geschichte hat inmitten des Sturmes politischer Ereignisse nicht stillgestanden, sondern ist ihren großen Lauf ruhig fortgegangen; durch sehr traurige Thatsachen hat auch den Zweifelnden belehrt, daß der Aufruhr und die methodische Bekämpfung einer starken, ordnungsliebenden Regierungsgewalt, mit welchen scheinbaren Vorwänden man auch beschönigen möge, nothwendig zum Verderben führt.“ Die Entscheidung über die Lebensfähigkeit gewisser erstrebter Richtungen ist gefällt und über die Zwecke ihrer Träger kein Zweifel mehr ob, seit sie einen blutigen Krieg in Deutschland entzündet, Fremdlinge als Führer die Spitze ihrer Streiter gestellt und das Ausland zu Hilfe gerufen haben. Dieses schmachvolle Verfahren hat wenigstens das Gute gewirkt, daß ein verblendeter Theil des deutschen und preussischen Volks aus den Fesseln schwerer Irrthümer befreit und auch bei den Schwankenden das Bewußtsein gegründet ist, daß jetzt alle edlen Männer, alle Freunde des Vaterlandes sich die Hand reichen und um die Grundbedingungen der Einheit und Ordnung schaaren müssen. Wir dürfen mit gerechtem Stolze auf eine große Aufgabe blicken. Während unser Heer dazu berufen scheint, in den deutschen Gauen die Bollwerke der Schreckensherrschaft zu zerwerfen, ist es uns beschieden, die ersten Schritte zur Verwirklichung eines einheitlichen Deutschlands zu thun. Wir werden uns dieses Berufs würdig zeigen, wenn wir die Treue und Ehrlichkeit zunächst an dem inneren Ausbau unseres engeren Vaterlandes, an die Befestigung derjenigen Grundlagen des Gesetzes und der vollziehenden Macht, ohne welche keine öffentliche Wohlfahrt denkbar ist, die ordnende anzulegen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß eine Mehrheit der Wähler den Muth dieser Ueberzeugung bei bevorstehenden Wahlen bethätigen, daß sie in gerechter Würdigung des Vaterlandes, ohne Rücksicht auf politische Meinungsverschiedenheiten, ihm volle Theilnahme zuwenden wird.“ — Die Nachrichten von dem Kriegsschauplatz Schleswig-Holstein, Ungarn und Italien im nächsten

Mannichfaltiges.

Das Wort „selbständig“ im Wahlgesetz.

Von den letzten Wahlen her ist das Wort „selbständig“ in lebhafter Erinnerung Aller, welche die Schwierigkeit einer genauen Auslegung und die bei den Wahlen vorgekommenen Schwankungen wahrnehmen konnten. Zur künftigen Vermeidung jener Uebelstände vor den nächsten Wahlen eine Feststellung des Begriffes „selbständig“ erfolgen müssen. Die Sache ist aber wichtig genug, um auch in der Öffentlichkeit erörtert zu werden, und wenn den Ansichten, die wir jetzt en-